

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Ziele der Arbeit	1
1.2. Form der Darstellung	2
2. Theoretischer und rechtspolitischer Hintergrund	4
2.1. Die Einführung der Sicherungsverwahrung in das deutsche Strafrecht und weitere Entwicklung	4
2.1.1. Inhaltliche und praktische Bedeutung der Sicherungsverwahrung als Maßregel der Sicherung und Besserung bis 1945	4
2.1.2. Inhaltliche und praktische Bedeutung der Sicherungsverwahrung als Maßregel der Besserung und Sicherung von 1945 bis 1996	5
2.2. Die Veränderungen von 1996 bis 2006	9
2.2.1. Veränderungen durch das Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten	10
2.2.2. Die Straftäter-Unterbringungsgesetze einzelner Bundesländer	11
2.2.3. Die vorbehaltene Sicherungsverwahrung gemäß § 66a StGB	13
2.2.4. Das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10.2.2004	15
2.2.5. Die Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung, § 66b StGB	18
2.3. Die rechtswissenschaftliche Diskussion um die Einführung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung	20
2.4. Die Entwicklung in anderen Ländern Europas	23
2.5. Der Umgang der Rechtsprechung mit den §§ 66a, 66b StGB	27
2.5.1. Rechtsprechung zu § 66a StGB	27
2.5.2. Die Rechtsprechung zu § 66b StGB	28
2.5.2.1. Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit der nachträglichen Sicherungsverwahrung durch die Justiz	29
2.5.2.2. Die Anforderungen an Form und Frist der Antragstellung sowie Beachtung der formellen Voraussetzungen für die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung	30
2.5.2.3. Die Anforderungen an nach der Verurteilung erkennbare Tatsachen („nova“)	32
2.5.2.4. Die Erheblichkeit der neuen Tatsachen	33
2.5.2.5. Anforderungen an die individuelle Gefährlichkeitsprognose	34
2.5.2.6. Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit der Anordnung	37
2.5.2.7. Rechtsprechung zu § 66b Abs. 3 StGB	38
2.5.3. Zusammenfassende Übersicht über die Rechtslage sowie die von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze für die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung	39

2.6. Reaktionen auf die Rechtsprechung	45
2.6.1. Reaktionen in der Fachöffentlichkeit.....	45
2.6.2. Reaktionen in der allgemeinen Öffentlichkeit und in der Politik	47
2.7. Veränderungen von 2006 bis 2008 und weitere Änderungsbestrebungen	48
2.7.1. Ausdehnung des Anwendungsbereichs von § 66b StGB.....	48
2.7.2. Ausdehnung des Anwendungsbereichs der nachträglichen Sicherungsverwahrung auf nach Jugendstrafrecht Verurteilte	51
2.7.3. Weitere Änderungsbestrebungen.....	54
2.7.3.1. Originäre Sicherungsverwahrung für Heranwachsende	54
2.7.3.2. Verzicht auf nach der Verurteilung erkennbare Tatsachen bei § 66b StGB	54
2.7.3.3. Ausdehnung des Anwendungsbereichs der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung auf Ersttäter.....	55
2.8. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und die Konsequenzen für die Gesetzgebung in Deutschland	58
2.8.1. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 04. Mai 2011 und die weitere Entwicklung	61
2.8.2. Die Situation der auf Grundlage der Rechtsprechung des EGMR aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Inhaftierten.....	66
2.9. Die Neuregelung der Sicherungsverwahrung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 04.05.2011	69
2.10. Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation unter besonderer Berücksichtigung kriminologischer und kriminalpolitischer Gesichtspunkte sowie der Auswirkungen auf die Gestaltung des Strafvollzuges.....	74
2.10.1. Abkehr von bisherigen rechtsstaatlichen Standards.....	74
2.10.2. Die Auswirkungen der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Sicherungsverwahrung unter kriminologischen Gesichtspunkten.....	77
2.10.2.1. Auswahl der Sachverständigen.....	78
2.10.2.2. Die Problematik der „Basisrate“	79
2.10.2.3. Die Position des Bundesverfassungsgerichts zur Prog- nosesicherheit.....	81
2.10.2.4. Die Psychopathy Check List als Beispiel eines standardi- sierten Prognoseinstruments	84
2.10.2.5. Zweifel an der Prognosesicherheit auf Grundlage von Rückfallstudien	86
2.10.3. Auswirkungen auf die Gestaltung des Strafvollzugs.....	93
2.10.4. Schlussfolgerungen	100
3. Die empirische Untersuchung zur nachträglichen Sicherungsverwahrung	102
3.1. Planung der Untersuchung	102
3.2. Durchführung der Untersuchung	105
3.2.1. Erhebungsinstrumente	105
3.2.2. Datenschutzrechtliche Sicherungen	106
3.2.3. Kontaktaufnahme zu den Landesjustizverwaltungen	106

3.2.4. Die Kommunikation mit Staatsanwaltschaften bzw. Strafvollstreckungskammern	108
3.2.5. Auskunftserteilung durch das Bundesamt für Justiz (aktuelle Auszüge aus dem Bundeszentralregister)	109
3.2.6. Methodische Probleme hinsichtlich der Auswertung	112
3.3. Ergebnisse der Untersuchung	114
3.3.1. Rücklauf	114
3.3.2. Rückfallhäufigkeit und Gefährlichkeitsprognose	117
3.3.3. Rückfallgeschwindigkeit	118
3.3.4. Sachverständigengutachten und Rückfall	120
3.3.5. Strafrechtliche Vorbelastung und Rückfall	123
3.3.5.1. Vorstrafen	123
3.3.5.2. Indexdelikt	124
3.3.5.3. Strafmaß der Indexverurteilung	126
3.3.5.4. Möglichkeit der Anordnung originärer Sicherungsverwahrung gemäß § 66 StGB	127
3.3.6. Außergewöhnliche Zusatzbefunde	129
3.3.7. Ablauf der Verfahren zur nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung	139
3.3.7.1. Antragstellung	139
3.3.7.2. Ablehnungsbegründungen	140
3.3.7.3. Haftdauer über das reguläre Strafende hinaus	141
3.4. Befunde der Nachfolgeuntersuchung für die Entlassungsjahrgänge 2007 bis 2009	142
3.4.1. Rücklauf	142
3.4.2. Rückfallhäufigkeit und Gefährlichkeitsprognose	144
3.4.3. Rückfallgeschwindigkeit	145
3.4.4. Sachverständigengutachten und Rückfall	146
3.4.5. Strafrechtliche Vorbelastung und Rückfall	151
3.4.5.1. Vorstrafen	151
3.4.5.2. Indexdelikt	152
3.4.5.3. Strafmaß der Indexverurteilung	153
3.4.5.4. Alter bei Haftentlassung und Rückfälligkeit	154
3.4.5.5. Möglichkeit der Anordnung originärer Sicherungsverwahrung gemäß § 66 StGB	156
3.4.6. Ablauf der Verfahren zur nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung	157
3.4.7. Haftdauer über das reguläre Strafende hinaus	158
3.5. Reaktionen auf die Veröffentlichung der ersten Untersuchungsergebnisse	158
3.6. Diskussion	162
3.6.1. Vorbemerkung	162
3.6.2. Rückfallproblematik	165
3.6.3. Die Rolle der Sachverständigen	173

3.6.4. Der Verfahrensablauf..... 176

3.6.5. Die rechtsstaatliche Legitimation der nachträglichen
Sicherungsverwahrung vor dem Hintergrund der
Untersuchungsergebnisse 178

4. Zusammenfassung und Ausblick 181

Literaturverzeichnis..... 189

Anhang..... 205